

Mattias G. Fischer

Zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie

Detlef Bald: *Die Bundeswehr – Eine kritische Geschichte 1955–2005*, Verlag C. H. Beck, München 2005, 232 Seiten, 12,90 Euro.

Am 12. November 1955, also vor fünfzig Jahren, erhielten die ersten Soldaten der Bundesrepublik Deutschland ihre Ernennungsurkunden. Detlef Bald, Mitarbeiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und als Verfasser zahlreicher militärhistorischer Beiträge ausgewiesen, nahm dieses Jubiläum zum Anlass, eine knappe „kritische Geschichte“ der Bundeswehr vorzulegen.

Bald hat eine politische Geschichte der Bundeswehr verfasst, genauer: die Bundeswehr in die politische Geschichte der Bundesrepublik einzubauen versucht. In vier Kapitel unterteilt, gliedert sich das Buch im Wesentlichen nach den Regierungszeiten christdemokratischer und sozialde-

mokratischer Regierungschefs und Verteidigungsminister.

Die fünfziger, mit Abstrichen auch die sechziger Jahre sind für die Geschichte der Bundeswehr von herausgehobener Bedeutung, wurden in dieser Zeit doch die entscheidenden Weichen gestellt. So hat die in den Jahren 1954 und 1956 geschaffene, 1968 ergänzte Wehrverfassung, das grundgesetzliche Rückgrat der Streitkräfte, in ihren zentralen Aussagen („Verteidigung“ als Kernauftrag, Verständnis des Soldaten als Staatsbürger in Uniform, institutionalisierte parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte) bis heute Gültigkeit. Umso schwerer wiegt, dass das Buch die Entstehungsgeschichte der Bundeswehr nur unzureichend beleuchtet. Schon der Streit über die Verfassungsmäßigkeit der Wiederbewaffnung, aus dem sich eine veritable Staatskrise entwickeln sollte, bleibt unerwähnt.

Warum setzte Konrad Adenauer sich bereits im

Sommer 1950 gegenüber den Westalliierten für einen deutschen Wehrbeitrag ein, und wie kam es dazu, dass die Westmächte schließlich den Aufbau einer westdeutschen Streitmacht ermöglichten? Nicht nur aus alliierter, sondern auch und gerade aus deutscher Sicht schien nach dem Ende der NS-Diktatur für die Zukunft Deutschlands alles Militärische diskreditiert. Aus der Urfassung des Grundgesetzes lasen manche gar eine „pazifistische Grundentscheidung“ heraus. Noch im „Petersberger Abkommen“ vom November 1949 hatte sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern“. Wer bei Bald nach Antworten sucht, wird nicht recht fündig oder stößt auf fragwürdige Aussagen. Adenauer, so liest man, sei es darum gegangen, Streitkräfte „als Zeichen der Staatlichkeit“ aufzustellen; in der gesamten Entstehungsgeschichte der

Bundeswehr sieht Bald gar eine „Begründung des Staates durch Macht“. Doch der erste Bundeskanzler hatte eine neue Wehrmacht abgelehnt, sich vielmehr für eine supranationale Europaarmee eingesetzt. Im Februar 1952 erklärte sich der Bundestag dazu bereit, einen deutschen Wehrbeitrag zu leisten, um „in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern der freien Welt die Grundrechte der Freiheit und der Demokratie zu verteidigen“. Wären die Pläne einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, die im August 1954 an der französischen Nationalversammlung scheiterten, Wirklichkeit geworden, hätte die Bundesrepublik „den Status souveräner Staatlichkeit gleichsam übersprungen in eine europäische Zukunft hinein“ (P. Graf Kielmansegg). Adenauer und die ihn stützenden Regierungsparteien, spätestens seit den Bundestagswahlen vom September 1953 auch die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, hatten die europäische Armee gewollt – und eine westdeutsche Armee bekommen, wie Richard Jaeger (CSU), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, im Oktober 1954 vor dem Bundestag zutreffend hervorhob.

Damit stellte sich die Gründung der Bundeswehr als NATO-Bündnisarmee aber keineswegs als Notlösung dar, konnte die erste Aufgabe, das Sicherheitsvakuum in Westeuropa zu füllen, doch auch auf diesem Weg gelöst werden. Und die von Adenauer angestrebte Westbindung war so ebenfalls möglich. Aller Rhetorik der „Ohne-mich-Bewegung“ zum Trotz: Die Notwendigkeit des militärischen Schutzes Westdeutschlands war augenfällig. Bei Bald erfährt der Leser allenfalls beiläufig, dass den westdeutschen Überlegungen zur Wiederbewaffnung „die wirkliche wie dramatisierte Bedrohung durch die Sowjetunion zugrunde lag“. Bezeichnenderweise wird die schon 1947 einsetzende verdeckte Militarisierung der sowjetischen Besatzungszone, auf welche Adenauer immer wieder mahnend hingewiesen hatte und zu der in den letzten Jahren erhellende Studien erschienen sind, in dem Buch nicht thematisiert.

Die Bedrohungslage war für den Prozess der Wiederbewaffnung von zentraler Bedeutung: Ohne den „Korea-Schock“ wäre das von der Bundesregierung aufgestellte Junktim zwischen einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag und der

Wiedererlangung weit reichender politischer Gleichberechtigung nicht zu erklären. Ähnliches gilt für die deplatzierten Forderungen der Wehrmachtselite, deren Mitwirkung beim Neuaufbau der Streitkräfte unumgänglich war. Die Generale waren sich in Kenntnis der sicherheitspolitischen Lage ihres „Wertes“ bewusst, verlangten von den Westmächten und der Bundesregierung eine Ehrenerklärung „für den deutschen Soldaten“ und verstiegen sich zu der Forderung, jede „Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS)“ sei einzustellen. Insoweit wirkte sich die Bedrohungslage sogar auf das bis heute umstrittene Traditionsverständnis der Bundeswehr aus.

Auch wenn Bald interessante Einblicke in das Innenleben von fünfzig Jahren Bundeswehr gewährt – wer die Geschichte dieser Armee nachvollziehen möchte, muss sich vor allem mit ihrer Entstehung befassen. Hier aber bleibt vieles im Dunkeln. Mag das Buch das erste Werk sein, das die gesamte Geschichte der Bundeswehr thematisiert, wie der Klappentext hervorhebt – inhaltlich überzeugt es nur bedingt.